

| | |
|---------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------|
| Zeitschrift: | Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur |
| Herausgeber: | Sozialdemokratische Partei der Schweiz |
| Band: | 76 (1998) |
| Heft: | 1 |
| Artikel: | Wer im Glashaus sitzt : Blochers Politik in der Tradition der autoritären Rechten |
| Autor: | Zimmer, David / Zimmermann, Adrian |
| DOI: | https://doi.org/10.5169/seals-341404 |

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wer im Glashaus sitzt.

Blochers Politik in der Tradition der autoritären Rechten

«Die von Faschisten, Fronten und anderen Ablenkungsmanövristen aufgestellte Behauptung, dass das Bank- und Finanzkapital der Schweiz von den Juden beherrscht sei, ist vollständig falsch! ... Dagegen findet man an der Spitze der Grossbanken und der Trust- und Konzernorganisationen die erste Garnitur der bürgerlich-kapitalistischen Parteien und manche Gestalten, die mit den fascistischen Bewegungen die engsten Beziehungen aufweisen und zu deren Finanziers gehören!»¹

David Zimmer / Adrian Zimmermann

«Genossen, es ist keine Redensart, dass der Fascismus auch heute in der Schweiz zum Stoss ausholt. Zwar nicht die frontistischen Büblein sind es, die ihn ausführen wollen, ... die werden nie gefährlich werden. Die fascistischen Organisationen in der Schweiz haben keine Zukunft; aber eine Zukunft hat der Faschismus in den bürgerlichen Parteien.»²

Mit seinen Reden vom 1. März 1997 in Zürich-Oerlikon und vom 21. Juni 1997 in Bern hat es Nationalrat Dr. Christoph Blocher verstanden, die Meinungsführerschaft in der Debatte über die Rolle der Schweiz im 2. Weltkrieg für sich zu beanspruchen. In gewohnt demagogischer Manier zog Blocher darin irreführende Parallelen zwischen Anhängern von Hit-

lers «Neuem Europa» und heutigen Befürwortern der europäischen Integration. Andere Parallelen sind weit augenfälliger: Mit seiner Politik steht Blocher in der Tradition desjenigen Teils der schweizerischen Bürgerlichen, die vor und während des 2. Weltkrieges faktisch eine Politik der Anpassung an Hitler-Deutschland (aus senpolitisch) und eine Annäherung an frontistische Kreise (innenpolitisch) betrieben.

Christoph Blocher war von 1977–1987 Vorstandsmitglied (Vizepräsident 1980–1987) des rechtsbürgerlichen Redressement National (RN), früher wie heute ein Zusammenschluss von führenden Exponenten des schweizerischen Grosskapitals. Das RN, 1936 zur Bekämpfung der gewerkschaftlichen Kriseninitiative gegründet, kann als Nachfolgeorganisation des «Bund für Volk und Heimat» (im Volksmund «Bund vornehmer Herren») bezeichnet werden,³ welcher im Kampf gegen die Arbeiterbewegung eine Zusammenarbeit mit den Frontisten betrieb. Führende Mitglieder des Redressement wie Andreas von Sprecher, Emil Friedrich und Caspar Jenny gehörten zu den Initiatoren der berüchtigten «Eingabe der 200», in welcher der Bundesrat am 15. November 1940 unter anderem aufgefordert wurde, den «notorischen und andauernden Vergiftungen unserer Beziehungen zu Nachbarvölkern ... das Handwerk» zu le-

¹ Fritz Giovanoli, Sekretär der SP Bern in seiner Broschüre «Unter der Herrschaft des Finanzkapitals», 1934.

² Ernst Reinhard, Parteipräsident SPS, am Parteitag 1935.

³ Jürg Frischknecht/Peter Haffner/Ueli Haldimann/Peter Niggli: Die unheimlichen Patrioten. Politische Reaktion in der Schweiz, Zürich 1984, S. 139.

gen. Gemeint war die «Ausschaltung» von kritischen Journalisten, wobei diese pressepolitischen Massnahmen in Absprache mit SS-Sturmbannführer Hügel ausgearbeitet wurden.⁴ Ziel der «200» war ein «freundnachbarliches Verhältnis und ... die Pflege der althergebrachten kulturellen Beziehungen mit allen Nachbarvölkern». Den sozialdemokratischen Berner Regierungs- und Nationalrat Robert Grimm wollten die «200» wegen seiner antifaschistischen Einstellung als Chef der Sektion Kraft und Wärme des Kriegswirtschaftsamtes absetzen.⁵

Der die Eingabe lancierende «Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz» war 1921 von deutschfreundlichen Kreisen, die den Beitritt zum Völkerbund ablehnten, gegründet worden. Parallelen seiner Position zur heutigen «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» sind offensichtlich: Der Kampf gilt nach wie vor der (politischen) Internationalisierung; Ziel ist die Restaurierung einer «integralen Neutralität». Hintergrund dafür dürfte bei vielen Exponenten damals wie heute die Gewährleistung effizienter Dienstleistungen des Finanzplatzes Schweiz an das internationale (insbesondere deutsche) Grosskapital sein.

Vergegenwärtigt man sich diese Kontinuitätslinie, ist Blochers Vergleich («Wollen nicht auch heute führende Kreise auf anpasserische Weise wesentliche demokratische Rechte an eine zentralistische Bürokratie in Brüssel abtreten?»)⁶ umso bemerkenswerter. Deutlich wird hier noch etwas: Moralische Entrüstung über Blo-

chers rhetorische Frage und überhaupt seinen «schlechten Stil» sollte die Linke getrost den von ihm als «Nette» abqualifizierten Fraktionen des Bürgertums überlassen. Was aus sozialistischer Sicht not tut, ist Aufklärung über den *Inhalt* seiner Politik, über seine Interessen, Strategien, Verbündeten und im hier behandelten Zusammenhang eben über die *Geschichte* der politischen Strömung, die er heute führend repräsentiert.

Die «anpasserische Weise», wie «führende Kreise» damals «demokratische Rechte» abbauen wollten, manifestierte sich vor allem in den folgenden Bereichen:

- Unbestritten ist, dass «Wirtschaftsbeziehungen mit dem Dritten Reich unumgänglich waren».⁷ Es zeigt sich aber immer deutlicher, dass bedeutende Schweizer Unternehmen über das damit gemeinte Mindestmass hinaus von der wirtschaftlichen Sonderstellung der Schweiz profitierten, nicht zuletzt auch durch den Einsatz von Zwangsarbeitern in ausländischen Tochtergesellschaften.⁸
- Auf der politischen Ebene versuchte die Rechte die Situation auszunutzen und eine autoritäre «Neuordnung» herbeizuführen. Neben den «200» beteiligten sich weitere Exponenten der Reaktion, wie Gonzague de Reynold und Eugen Bircher bis hin zu den Bundesräten Etter und Pilet-Golaz an diesen Bestrebungen.⁹
- Dass ökonomische Interessen und politische Sympathien eng verbunden waren, zeigt etwa die befürwortende Haltung von wichtigen Exponenten der schwei-

⁴ Frischknecht 1984, S. 142.

⁵ Gerhart Waeger: Die Sündenbölke der Schweiz. Die Zweihundert im Urteil der geschichtlichen Dokumente 1940–1946, Olten/Freiburg i.B. 1971, S. 254 ff.; siehe auch Edgar Bonjour: Geschichte der schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte eidgenössischer Aussenpolitik, Bd. IV, 1939–1945, Basel/Stuttgart 1971, S. 349ff (Wortlaut der Eingabe s. S. 368–371).

⁶ Zit. aus Christoph Blocher: Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg. Eine Klarstellung. Referat anlässlich der Veranstaltung der SVP des Kantons Zürich vom 1. 3. 1997, Zürich-Oerlikon 1997, S. 8.

⁷ Blocher 1997, S. 5.

⁸ Siehe dazu z.B. das Interview mit der Westschweizer Historikerin Sophie Pavillon in der SMUV-Zeitung, Jg. 96, Nr. 12 (19.3.1997), S. 6.

⁹ Siehe u.a. Hans Ulrich Jost: Die reaktionäre Avantgarde. Die Geburt der neuen Rechten in der Schweiz um 1900, Zürich 1992; Aram Mattioli: Zwischen Demokratie und totalitäre Diktatur. Gonzague de Reynold und die Tradition der autoritären Rechten in der Schweiz, Zürich 1994; Daniel Heller: Eugen Bircher. Arzt, Militär und Politiker, Zürich 1988.

zerischen Bourgeoisie zur faschistischen Aggression gegen die Sowjetunion. Als Belohnung für die politische Unterstützung, konkret etwa für die weitgehende Finanzierung der Ärztemission unter Bircher, erhoffte sich das schweizerische Finanzkapital einen Anteil an der Ausbeutung der Ressourcen im «neuen Lebensraum im Osten».¹⁰

Hier wird deutlich, dass sowohl wichtige Kapitalvertreter wie auch rechtsstehende Politiker die Anpassung an Nazi-Deutschland nicht in erster Linie als Zwang verstanden, sondern als Chance, ihre Interessen besser durchzusetzen. Die Verbindungen von Finanzkapital, rechtskonservativen Kräften und Faschisten in den 1930er und 40er Jahren sind bisher zuwenig im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert; gerade eine konsequente Thematisierung dieser Zusammenhänge würde aber eine vertiefte Analyse der heutigen Verflechtungen von autoritärer Populismus (z.B. Blocher) und der aggressivsten Fraktionen des Finanzkapital (z.B. Ebner) erst ermöglichen.¹¹

Erklärbar wird die profaschistische Haltung von Teilen der rechtsbürgerlichen Führungsschichten mit Hilfe des Konzeptes des «internationalen ideologischen Bürgerkrieges» von Eric Hobsbawm:

«Die Grenze verlief also nicht zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern zwischen dem, was das 19. Jahrhundert einerseits «Fortschritt» und andererseits «Reaktion» genannt hätte (inzwischen waren diese Begriffe nicht mehr ganz angemessen). Es war ein internationaler Krieg, denn er stellte die meisten westlichen Staaten im wesentlichen vor dieselben Entscheidungen. Es war ein Bür-

¹⁰ Dazu: Fred David: Die braunen Flecken des Roten Kreuzes, in: CASH Nr. 12, 21. März 1997, S. 80f.

¹¹ Dazu: Herbert Schui: Neoliberalismus. Das moderne Projekt der Gegenaufklärung – Nachfragerestriktion. Das Hemmnis des entwickelten Kapitalismus, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Jg. 8, Nr. 31 (Sept. 1997), S. 30–44.

gerkrieg, weil die Grenzen zwischen pro- und antifaschistischen Kräften mitten durch jede Gesellschaft hindurchliefen. Nie zuvor hatte es eine Zeit gegeben, in der Patriotismus – im Sinn der automatischen Loyalität des Bürgers gegenüber seiner nationalen Führung – weniger bedeutet hätte.»¹²

Auch in der Schweiz bestanden diese beiden Lager; allerdings wurde der Kampf nicht mit militärischen Mitteln ausgetragen.

Heute regt sich die reaktionäre Strömung in ganz Europa wieder. Der autoritäre Populismus verbindet marktradikale und neo-konservative Positionen mit verbalem Anti-System-Protest und chauvinistisch-rassistischer Propaganda.¹³ Im Kampf um die kulturelle Hegemonie kommt der «Geschichtspolitik», dem Kampf um die Deutung der Geschichte eine entscheidende Rolle zu. Deshalb versucht die Neue Rechte in ganz Europa, den Faschismus und die Kollaboration mit ihm zu relativieren, zu verharmlosen, ihr politisch-ideologisches Erbe aus jener Zeit reinzuwaschen.

Die demokratischen Kräfte müssen diesen Angriffen begegnen, indem sie immer wieder auf die Greuel von Faschismus, Shoah und Zweitem Weltkrieg hinweisen, die ökonomischen und politischen Ursachen erforschen und damit der unwissenschaftlichen Geschichtsnegation endlich den Boden entziehen.

¹² Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995, S. 186.

¹³ Christian Kraxner: Autoritärer Populismus. Agitationsmuster der extremen Rechten, in: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 89, 1996, S. 41ff.

David Zimmer und Adrian Zimmermann studieren Geschichte in Bern. Sie sind aktiv in der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung.